

Mit Hanau kooperieren

Schul-Kapazitäten nutzen

Hanau (pm/wi). „Eine Nutzung des Bildungsangebots und der freien Kapazitäten von integrierten Gesamtschulen des Main-Kinzig-Kreises durch Schüler aus der Stadt Hanau bietet Vorteile in mehrfacher Hinsicht“ unterstützt der langjährige CDU-Landtags- und Kreistagsabgeordnete Aloys Lenz eine entsprechende Initiative der CDU-Kreistagsfraktion.

Innerhalb der Klausurtagung der CDU-Kreistagsfraktion nahmen Fragen der Schulentwicklung einen breiten Raum ein. „Dabei wurde deutlich, dass die Vorstellungen zu einer Ausweitung der erfolgreichen Kooperation zwischen Main-Kinzig-Kreis und Stadt Hanau bei den Gymnasien auf den Sektor der integrierten Gesamtschulen einen positiven Widerhall finden“, so Kreis-Schuldezernent Günter Frenz.

Eine Nutzung der vorhandenen Raumkapazitäten an den integrierten Gesamtschulen des Kreises, vor allem an der Maintaler Erich-Kästner-Schule sowie an der Georg-Büchner-Schule in Erlensee, sei für Schüler aus Hanau vorteilhaft, die entweder nicht zum direkten Einzugsbereich der Lindenaus Schule in Hanau-Großauheim gehörten oder nicht die Heinrich-Böll-Schule in Bruchköbel besuchten. Schon seit Jahrzehnten stellt sie ein alternatives Bildungsangebot für sehr viele Schüler aus der Stadt Hanau dar. „Neben der Stärkung der Schulstandorte im Bereich Hanau Land eröffnet eine solche Kooperation auch bessere Zukunftsperspektiven für die Hanauer Otto-Hahn-Schule und das Schulzentrum Hessen-Homburg“ ist sich Aloys Lenz mit seinem Kreistagskollegen und Maintaler Bürgermeister Erhard Rohrbach einig. Sowohl die Otto-Hahn-Schule als kooperative Gesamt- und Europaschule wie auch die mit erheblichen Mitteln auf dem Gelände der ehemaligen Hessen-Homburg-Kaserne errichtete Haupt- und Realschule könnten mit einem weiteren integrierten Angebot in Hanau eine große Anzahl von Schülern verlieren.

Die CDU-Kreistagsfraktion bewertet deshalb alleine aus bildungspolitischen Gründen die in Hanau diskutierte Umwandlung der Tümpelgartenschule zu einer integrierten Gesamtschule äußerst kritisch. „Hinzu kommt gerade in finanzpolitisch unsicheren Zeiten, dass es unverantwortlich wäre, wenn Städte, Gemeinden und Landkreise unnötige Investitionen für neue Schulbauten tätigen sollten, solange praktisch in der Nachbarschaft freier Schulraum bereits vorhanden ist“, sehen Schuldezernent Günter Frenz und Aloys Lenz zum Beispiel im weiteren Ausbau der Ganztagsangebote eine sinnvollere Verwendung öffentlicher Haushaltsmittel.